

Bund Deutscher Kriminalbeamter unterstützt Initiative #maskeauf

04.04.2020

"Es ist ein wenig, wie bei der Kriminalprävention. Was für Straftäter gilt, stimmt auch bei Viren: Einen hundertprozentigen Schutz gibt es nicht. Wir müssen es ihnen aber so schwer wie möglich machen!"

Bei Viren helfen nach Einschätzung der Wissenschaftler auch selbst gemachte Masken, die Mund und Nase bedecken. Sie schützen zwar kaum den Träger, aber dafür alle anderen. Wenn jeder eine trägt, ist allen geholfen.", fasst Der BDK-Bundesvorsitzende Sebastian Fiedler zusammen.

Er hatte sich hierzu bereits am 25. März 2020 in der Sendung Markus Lanz geäußert und auf die Initiative #maskeauf hingewiesen. "Dieser Hashtag sollte sich ebenso viral verbreiten, wie das Tragen von Masken, Schals, T-Shirts oder ähnlichem über Mund und Nase.", wünscht sich Fiedler und hat dabei auch viele alltägliche Gesprächs- und Einsatzsituationen zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürgern im Blick. Mehr dazu unter [maskeauf.de](https://www.maskeauf.de)

Parallel dazu befasst sich der BDK mit der unzureichenden Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit Masken unterschiedlicher Schutzklassen. "Das Ziel muss so schnell wie möglich erreicht werden, dass in jeder dienstlichen Situation auch der Schutz untereinander dadurch verbessert wird, dass genug Masken zur Verfügung stehen. Jeder von uns weiß, wie wichtig die Ausstattung des medizinischen Personals ist. Dennoch müssen wir auch bei der Beschaffung für die Sicherheitsbehörden auf's Gaspedal drücken.", fordert Sebastian Fiedler.

Der BDK ist zur aktuellen Lage in engem Austausch mit den anderen Polizeigewerkschaften im europäischen Dachverband CESP (<https://www.cesp.eu>). Die unzureichende Ausstattung mit Schutzausrüstung scheint in allen europäischen Sicherheitsbehörden ein großes Problem zu sein. Der BDK ist daher gemeinsam mit CESP-Präsident Ricardo Valadas auf Mitglieder des Europäischen Parlaments und die EU-Kommission zugegangen, um Unterstützung zu organisieren. Es zeigt sich, dass die bereits jetzt schon vorhandenen Unterstützungsprogramme der EU in den Mitgliedsstaaten nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.